

Betreff:

Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 29.04.2025 -

Antragstext:

Die Corona-Pandemie hatte tiefgreifende Auswirkungen auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Wie das Bundesfamilienministerium 2023 feststellt, waren auch im dritten Jahr nach Ausbruch der Pandemie weiterhin rund 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen psychisch belastet. Die Auswirkungen reichten dabei weit über die allgemeinen Sorgen oder Unsicherheiten hinaus und manifestierten sich in konkreten psychischen Erkrankungen. Auch in Wiesbaden sind die Folgen sichtbar. In der AG Pandemiefolgenbewältigung des Jugendhilfeausschusses (JHA) wurde über deutlich schwerwiegendere psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen berichtet. Die lange Wartezeit von teils bis zu sechs Monaten auf Beratungstermine während der Pandemie verdeutlichte die Überlastung bestehender Angebote. Die AG empfahl daher u.a. die Schaffung einer zusätzlichen Erziehungsberatungsstelle. Eine entsprechende Bedarfsermittlung wurde laut Bericht im JHA in Angriff genommen.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zur allgemeinen Situation der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Wie haben sich die Fallzahlen psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen seit Beginn der Pandemie (Vergleich 2019 bis heute) entwickelt?
 - b. Welche Veränderungen bei den Krankheitsbildern wurden beobachtet?
 - c. Gibt es Erkenntnisse, ob sich die psychische Situation der Kinder und Jugendlichen wieder auf dem Niveau vor der Pandemie stabilisiert hat oder ob weiterhin ein besonderer Handlungsbedarf besteht?
2. zur Situation der Erziehungsberatungsstellen in Wiesbaden zu berichten.
 - a. Wie haben sich die Fallzahlen seit 2019 entwickelt?
 - b. Wie haben sich die Wartezeiten auf Beratungstermine seit 2019 entwickelt?
 - c. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Bedarfsermittlung einer neuen Erzieherberatungsstelle?
 - d. Welche finanziellen und personellen Ressourcen wären aus Sicht des Magistrats erforderlich, um eine zusätzliche Beratungsstelle einzurichten?

Antrag Nr. 25-F-22-0042
CDU, FDP

Wiesbaden, 29.04.2025

André Weck
Sozialpolitischer Sprecher
CDU-Fraktion

Sebastian Rutten
Sozialpolitischer Sprecher
FDP-Fraktion

Melanie Völker
Fraktionsreferentin
CDU-Fraktion

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin
FDP-Fraktion